Gesellschaft für
Ästhetische Chirurgie Deutschland

J Ästhet Chir 2020 · 13:79–80

<https://doi.org/10.1007/s12631-020-00223-z>

© Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Redaktion (V.i.S.d.P.)
Dr. med. Daniela Rezek
Generalsekretärin GÄCD
Chefärztin der Klinik für Senologie
Ästhetische Chirurgie / Brustzentrum
Marien-Hospital Wesel gGmbH
Pastor-Janßen-Str. 8–38
46483 Wesel

Geschäftsstelle GÄCD e.V.
Annette Siemes
Stromstraße 4
D-10555 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 - 740 744 760
Fax: +49 (0) 30 - 740 744 765
E-Mail: office@gacd.de
Internet: www.gacd.de

Mehr Geld: Nachtragshaushalt wegen der Corona-Krise. Eine Übersicht

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Die Daten der Johns-Hopkins-Universität, Baltimore, machen uns täglich deutlich: Die Krise mit Corona-Virus und Covid-19-Patienten wird lange dauern. Ohne eine schnelle Hilfe durch die politischen Zuständigen wird weder die aktuelle Situation noch die „Zeit danach“ erfolgreich zu meistern sein.

Um die wirtschaftlichen Folgen für ganze Bevölkerungsgruppen abzufedern, haben die politischen Entscheider nun Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Unternehmen, Selbstständige, Beschäftigte, Familien und Mieter unterstützen sollen. Nach sechs Jahren ohne neue Schulden fällt damit die Schwarze Null: Der Nachtragshaushalt führt zu einer Neuverschuldung von rund 156 Milliarden Euro. Insgesamt umfasst das Paket laut Finanzminister Olaf Scholz (SPD) Leistungen in Höhe von **750 Milliarden Euro**. Hier nun die Zusammenfassung des allgemeinen Hilfspakets und eine spezielle Übersicht über die geplanten Hilfen für das Gesundheitswesen.

Das große Wirtschaftspaket

Kleine Firmen und Solo-Selbstständige sollen über drei Mona-

te **direkte Zuschüsse** von bis zu 15.000 Euro bei bis zu 15 Beschäftigten bekommen. Insgesamt sind dafür bis zu 50 Milliarden Euro eingeplant. Eine Bund-Länder-Vereinbarung soll das Paket absichern. Über einen **Wirtschaftsstabilisierungsfonds** sollen Großunternehmen mit Kapital gestärkt werden, der Staat soll sich notfalls auch an den Firmen beteiligen können. Es sind bis zu **400 Milliarden Euro Kreditgarantien für die Firmen** vorgesehen, 100 Milliarden Euro stehen für mögliche Unternehmensbeteiligungen bereit. (Zudem gibt es ein unbegrenztes Sonderkreditprogramm der Förderbank KfW für **Liquiditätshilfen in Höhe von 100 Milliarden Euro**.) Mit erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit sollen Unternehmen zudem Beschäftigte leichter halten können. Vermieter sollen ihren Mietern nicht mehr kündigen dürfen, wenn diese wegen der Corona-Krise ihre Miete nicht zahlen können. Bei Anträgen auf Hartz IV sollen die Vermögensprüfung und die Prüfung der Höhe der Wohnungsmiete und -größe für ein halbes Jahr ausgesetzt werden. Familien mit Einkommenseinbrüchen sollen unbürokratisch einen Kinderzuschlag bekommen. Im **Gesundheitswesen** sind für Deutschlands **Krankenhäuser mehr als drei Milliarden Euro** Unterstüt-

zung vor. Der Bund bekommt mehr Kompetenzen beim Seuchenschutz. Beide Bereiche werden eigens gesetzlich geregelt.

Schutzschirm für das Gesundheitswesen

Der Schutzschirm für das Gesundheitswesen besteht aus zwei Gesetzen. Der „Gesetzentwurf zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen“ (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) soll wirtschaftliche Folgen für Krankenhäuser und Praxen/Vertragsärzte auffangen und helfen, die Auswirkungen der Corona-Epidemie zu schultern. Krankenhäuser sollen in die Lage versetzt werden, Versorgungskapazitäten für eine wachsende Anzahl von Patienten mit einer Covid-19 Infektion bereitzustellen. Abgedeckt werden Honorareinbußen der niedergelassenen Ärzte. Pflegeeinrichtungen sollen befristet von Bürokratie entlastet und ebenfalls finanziell unterstützt werden.

Schutzschirm I: Aufrüstung der Infrastruktur

Die Maßnahmen lassen sich in finanzielle und bürokratische Hilfen gliedern.

Finanzielle Hilfen:

- Krankenhäuser erhalten einen **finanziellen Ausgleich für verschobene planbare Operationen und Behandlungen**. Für jedes Bett, das dadurch im Zeitraum vom 16. März bis zum 30. Sep-

tember 2020 nicht belegt wird, um einen Covid-19 Patienten Platz zu bieten, erhalten die Krankenhäuser eine Pauschale in Höhe von **560 Euro pro Tag**. Der Ausgleich wird aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds, der aus dem Bundeshaushalt refinanziert wird, bezahlt.

- Krankenhäuser erhalten einen Bonus in Höhe von **50.000 Euro für jedes Intensivbett**, das sie zusätzlich schaffen. Die Kosten dafür werden aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds finanziert. Darüber hinaus sollen die Länder kurzfristig weitere erforderliche Investitionskosten finanzieren. Die Bettenanzahl von bisher 28.000 soll verdoppelt werden.
- Für Mehrkosten, insbesondere bei persönlichen **Schutzausrüstungen**, erhalten Krankenhäuser vom 1. April bis zum 30. Juni 2020 einen Zuschlag je Patient in Höhe von **50 Euro**, Verlängerung bei Bedarf.
- Der so genannte „**vorläufige Pflegeentgeltwert**“ wird auf **185 Euro** erhöht. Das soll die Liquidität der Krankenhäuser verbessern.
- **Niedergelassene Ärzte** sowie Psychotherapeuten werden bei einer zu hohen Umsatzminderung – mehr als 10 % mit Nachweis – aufgrund einer geringeren Inanspruchnahme durch Patienten mit **Ausgleichszahlungen** sowie mit zeitnahen Anpassungen

der Honorarverteilung geschützt.

- Die Kassenärztlichen Vereinigungen erhalten die zusätzlichen Kosten für die Finanzierung außerordentlicher Maßnahmen, die während des Bestehens der epidemischen Notlage erforderlich sind (wie zum Beispiel die Einrichtung von „Fieberambulanzen“), von den Krankenkassen erstattet.

Die Ausgleichszahlungen für die **Freihaltung von Bettenkapazitäten** durch die Verschiebung planbarer Operationen („elektive Eingriffe“) und Aufnahmen in Krankenhäusern bedeuten Mehrausgaben für den Bundeshaushalt in Höhe von voraussichtlich rund 2,8 Mrd. Euro in 2020. Für die GKV entstehen durch das Hilfspaket im Krankenhausbereich in diesem Jahr geschätzte Mehrausgaben in Höhe von rund 5,9 Mrd. Euro, von denen 1,5 Mrd. Euro direkt aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds finanziert werden. Die Mehrausgaben im Bereich der vertragsärztlichen Versorgung sind nicht quantifizierbar.

Bürokratische Hilfen:

- Die Rechnungsprüfung durch den Medizinischen Dienst wird zur Entlastung der Krankenhäuser umfassend erleichtert, der so genannte „Fixkostendegressionsabschlag“ wird für das Jahr 2020 ausgesetzt und deutlich mehr Flexibilität bei den Erlösausgleichen eingeräumt.
- Die Liquidität der Krankenhäuser wird durch eine auf fünf Tage verkürzte Zahlungsfrist in diesem Jahr zusätzlich gestärkt.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können zur Entlastung der Krankenhäuser auch Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Krankenhausleistungen erbringen.
- Die ambulante und stationäre Pflege wird durch das befristete Aussetzen von Quali-

tätsprüfungen, Änderungen bei der Durchführung von Begutachtungen und den Verzicht auf die vorgeschriebenen Beratungsbesuche bei Pflegebedürftigen entlastet.

- Pflegeeinrichtungen wird durch eine Regelung die Sicherheit gegeben, durch die Pandemie bedingte finanzielle Mehrausgaben oder Mindereinnahmen über die Pflegeversicherung erstattet zu bekommen.
- Für die Aufrechterhaltung der Versorgung kann insbesondere von den gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben und Rahmenbedingungen zur Personalausstattung abgewichen werden. Pflegekassen wird zudem ein weiterer Gestaltungsspielraum zur Vermeidung von pflegerischen Versorgungslücken in der häuslichen Versorgung eingeräumt.
- Auszubildende, die sich in der aktuellen Krise engagieren und einen wertvollen Beitrag zur Entlastung des Gesundheitssystems leisten, werden keine Nachteile beim Bezug von BAföG nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erleiden.
- Das Engagement von Ruheständlern und Medizinstudierenden in der Behandlung und Betreuung ist erwünscht.

Schutzschirm II: Wider die Epidemien

Durch den „Gesetzesentwurf zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ soll die Reaktionsfähigkeit auf Epidemien verbessert werden. Dazu erhält der Bund für einen befristeten Zeitraum zusätzliche Kompetenzen. Eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ wird so definiert, dass entweder die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Pandemie ausruft und die Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit oder eine bundeslän-

derübergreifende Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit zu befürchten ist. In diesem Fall ist es möglich, dass die Bundesregierung eine solche Lage erklärt. In diesem Fall wird das Bundesministerium für Gesundheit ermächtigt, Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen und die Gesundheitsversorgung sicher zu stellen: Durch Vorschriften für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr, verschärfte Melde- und Untersuchungspflichten, durch Regelungen, die im Normalfall durch die Selbstverwaltungspartner getroffen werden, durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Arzneimitteln, Schutzausrüstung und Labordiagnostik, durch Flexibilisierung von Vorschriften in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen. Ferner enthält der Gesetzesentwurf Ausnahmen vom Baurecht, um etwa kurzfristig medizinische Einrichtungen errichten zu können. Zudem wird eine Entschädigungsregelung für Eltern geschaffen, deren Kindern der Besuch einer Betreuungseinrichtung durch behördliche Schließung nicht mehr möglich ist. Sie erhalten bis zu sechs Wochen 67 % ihres Verdienstausfalls (maximal 2016 Euro).

Diese Stärkung der Bundeskompetenz steht unter Parlamentsvorbehalt und gilt nachzeitigem Stand bis zum 30. September 2020, kann aber, wenn zur Bekämpfung der Pandemie notwendig, mit einer neuen Fristsetzung verlängert werden. Führende Wirtschaftswissenschaftler mahnen, die Krise als Chance zu begreifen: Maßnahmen wie öffentliche Investitionen und Steuererleichterungen sollten jetzt geplant und direkt mit Aneben der Krise umgesetzt werden. Zu diesen Empfehlungen gehört auch die überfällige Neuordnung der Märkte für medizinische Wirkstoffe und Produkte.

Wir hoffen, dass Sie gut informiert und gerüstet durch die

aktuelle Krise kommen, die uns allen sehr viel abverlangt. Viele Detailregelungen für unseren Arbeitsalltag werden innerhalb der gesetzlichen Vorgaben durch die Kammern und Verbände zu definieren sein – wie etwa der Einsatz von Ruheständlern in der Bekämpfung der Corona-Krise oder die Vorgaben für die noch erlaubten Behandlungen im plastisch-ästhetischen Bereich. Unverzichtbar für unseren Erfolg ist neben unserem Engagement eine konsequente Unterstützung aller medizinischen Einrichtungen, die wirtschaftlich und personell in bisher nicht gekannter Weise gefordert sind.

Mit besten Grüßen, bleiben Sie gesund und guten Mutes!

Dr. Dr. F. Muggenthaler
Präsident

Dr. med. D. Rezek
Generalsekretärin

Links

Pandemie und Praxis: Der Umgang mit der Corona-Pandemie wirft für Praxisärzte und MFA viele Fragen zu **Praxisorganisation, rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten** sowie **medizinischen Informationen** auf. Der Verband der niedergelassenen Ärzte (Virchowbund) hat hierfür eine Hotline eingerichtet. Pressemitteilung www.virchowbund.de/corona Klinisch-Ethische Grundsätze der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI): <https://www.divi.de/empfehlungen/publikationen/covid-19/1531-covid-19-ethik-empfehlung/file>

Save The Date

Leider kann wegen der Corona-Krise hier nur der allgemeine Hinweis auf die Jahrestagung der GÄCD erfolgen. Stattfinden wird sie: Entweder wie geplant im Hyatt Regency Köln am 13. und 14. November 2020 oder aber – wir arbeiten daran! – als Online Konferenz.
Annette Siemes
GÄCD/Berlin, 26. März 2020